Silke Schürmann, Unterhachinger Str. 99, 81737 München

An das Sozialgericht München, Richelstrasse 11, 80634 München

Betreff: Stellungnahme und vorbereitende Anträge zur mündlichen Verhandlung am 10. April 2025 – Ihr Schreiben vom 12.2.2025

Aktenzeichen: S 17 KR 1519/23

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick auf die anstehende mündliche Verhandlung am 10. April 2025 nehme ich im Folgenden Stellung und beantrage vorsorglich die Berücksichtigung wesentlicher prozessualer und materiell-rechtlicher Aspekte.

**A) Sachverhalt**

Ich vertrete mich in diesem Verfahren selbst. Eine berufsrechtliche Pflichtverletzung und Beschwerde nach §43 BRAO wird unter dem **Aktenzeichen BS/131/2025 Ii / cf**

In der Rechtsanwaltskammer, Berlin geführt

Der Streitgegenstand betrifft die Anerkennung und Umsetzung der Genehmigungsfiktion gemäß § 13 Abs. 3a SGB V hinsichtlich des im Januar/Februar 2023 eingereichten Heil- und Kostenplans. Die Krankenkasse hat die Kostenerstattung für Folgemaßnahmen verweigert und sich auf eine angebliche eigenständige Neubewertung der medizinischen Indikation berufen.

Ich betone, dass ich im Vertrauen auf die Genehmigungsfiktion gehandelt hast und keine Kenntnis von einer möglichen materiellen Rechtswidrigkeit der Leistung hattest.

§ 42a VwVfG Hiermit beantrage ich höflich die Ausstellung einer Bescheinigung über die gemäß § 13 Abs. 3a SGB V eingetretene Genehmigungsfiktion bezüglich meines 2023 eingereichten Heil- und Kostenplans."

Ich habe mich bei der Beantragung der Leistung auf die medizinische Einschätzung meines Behandlers verlassen. Dieser hat nicht nur aktiv zur Antragstellung geraten, sondern auch selbst Stellungnahmen abgegeben, eine Begutachtung vorgenommen und meinen Anwalt informiert. Dies zeigt, dass ich im Vertrauen auf die Richtigkeit meines Antrags gehandelt habe und nicht eigenmächtig eine Befundänderung vorgenommen habe. Entsprechend greift hier der Grundsatz des Vertrauensschutzes und § 44 SGB X.“

Es gibt ein selbstständiges Beweisverfahren mit dem Aktenzeichen Az.: 15 OH 3/24, das sich mit der Behandlungsqualität und Aufklärungspflicht befasst. Nach $ 282 ZPO vorsorglich und vorbehaltlich könnte dies ebenfalls Relevanz für die Bewertung des Sachverhalts haben.“

**Krankenkasse zur Einhaltung von Treu und Glauben verpflichten**

* **§ 242 BGB (Grundsatz von Treu und Glauben)** gilt auch für öffentlich-rechtliche Verträge und das Sozialrecht.
* **Ich erbitte eine Feststellung, dass die Krankenkasse sich nicht treuwidrig verhalten darf**

Ich beantrage festzustellen, dass die Krankenkasse nicht berechtigt ist, sich auf eine eigenmächtige Befundänderung zu berufen, wenn diese nicht durch mich, sondern auf ärztliche Anweisung und mit ausdrücklicher Unterstützung eines Gutachters vorgenommen wurde. Dies wäre ein Verstoß gegen den Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB).“

**B) Prozessuale Anträge & rechtliche Hinweise**

1. **Antrag auf richterliche Hinweise nach § 139 ZPO**  
   Ich beantrage ausdrücklich, dass das Gericht mich gemäß § 139 ZPO auf Unklarheiten oder wesentliche rechtliche Gesichtspunkte hinweist, sofern mein Vortrag als Laie nicht vollständig oder korrekt ist.
2. **Antrag auf Feststellung der Genehmigungsfiktion gemäß § 13 Abs. 3a SGB V**  
   Die Genehmigungsfiktion ist rechtsverbindlich eingetreten, da die Krankenkasse die Frist zur Entscheidung überschritten hat. Ich beantrage die gerichtliche Feststellung dieser Rechtsfolge und eine verbindliche Verpflichtung der Krankenkasse zur vollständigen Kostenübernahme.
3. **Antrag auf Berücksichtigung fehlerhafter Leistungsablehnung gemäß § 44 SGB X**  
   Ich bitte das Gericht zu prüfen, ob die Krankenkasse ihre Entscheidung rechtswidrig getroffen hat, sodass eine Korrektur nach § 44 SGB X geboten ist.
4. **Antrag auf Prüfung der Beratungspflichtverletzung durch die Krankenkasse gemäß § 14 SGB I**  
   Die Krankenkasse hat mich nicht umfassend über meine Rechte und die Folgen der Genehmigungsfiktion aufgeklärt. Ich bitte das Gericht, dies im Verfahren zu berücksichtigen.
5. **Antrag auf Vertagung bei neuen Sachverhalten gemäß § 227 ZPO**  
   Sollte sich während der Verhandlung die Notwendigkeit ergeben, weitere Beweise oder Argumente nachzureichen, beantrage ich eine entsprechende Terminsverlegung nach § 227 ZPO.
6. **Antrag auf Schutz vor Überraschungsentscheidungen gemäß § 139 Abs. 2 ZPO**  
   Falls das Gericht eine neue rechtliche Würdigung vornimmt, die bisher nicht erkennbar war, beantrage ich eine angemessene Frist zur Stellungnahme gemäß § 139 Abs. 2 ZPO.
7. **Antrag auf Prüfung der Pflichtverletzungen meines früheren Anwalts und daraus resultierende Folgen gemäß § 675 BGB i.V.m. § 280 BGB**  
   Mein bisheriger Anwalt hat Fristen versäumt und das Mandat niedergelegt, ohne dass mein Verfahren sachgerecht weitergeführt wurde. Ich beantrage eine gerichtliche Prüfung, ob hieraus prozessuale Nachteile für mich entstanden sind.

**C) Aufforderung an das Gericht zur proaktiven Unterstützung der Selbstvertretung**

Als juristischer Laie bin ich auf eine faire prozessuale Behandlung angewiesen. Daher bitte ich das Gericht, seine Hinweispflicht gemäß § 106 SGG wahrzunehmen und mich bei wesentlichen Verfahrensfragen zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung dieser Anträge und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Silke Schürmann